

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf,

Rugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermisdorf, Bersdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnhofstr. 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegraphen-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspalte oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärtig 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 46.

Sonntag, den 23. Februar 1901.

28. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich

Berlin, 21. Februar. Reichstag. Die Verathung des Postetats wird fortgesetzt beim Titel Unterbeamte. — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) bespricht sich darüber, daß die Postverwaltung durch wohlwollende Mahnungen an die Unterbeamten bezüglich der Kinderzahl in Verhältnisse privater Natur eingreife; er bittet um Auskunft über die Grundsätze bei Urlaubsertheilungen und bedauert, daß so viele weibliche Personen eingestellt würden. — Abg. Werner (Antif.) meint auch, es solle mit der Anstellung von Damen etwas vorsichtiger vorgegangen werden, und verlangt sodann Regelung der Frage der sogenannten gehobenen Stellen, denn es scheine, als ob diese gehobenen Stellen sich immer mehr den Stellenzulagen näherten. — Abg. Wasserhagen (nl) kann sich der Forderung der beiden Vorredner in Bezug auf die Beschränkung der Anstellung von Frauen nicht anschließen; es sei eine Eingehrigkeit, gegen die Anstellung weiblicher Personen im Postdienste zu eifern. — Abg. Müller-Sagan: Er sei niemals der Frauenbewegung entgegengetreten, aber es verstoße doch hiergegen auch nicht, wenn man wünsche, daß nicht die Zahl derjenigen Stellen verringert werde, welche ihrem Inhaber ermögliche, in die Ehe zu treten, also Frauen unter die Haube zu bringen, und wenn man ferner den Staatssekretär bitte, nicht jüngere Frauen anzustellen, sondern ältere. — Staatssekretär v. Pöbblerski fragt den Abg. Müller-Sagan, ob er eine Unterbeamtenstelle nennen könne, die durch eine Frau besetzt worden sei. Selbst im Abrechnungsdienste seien im Ganzen nur 500 weibliche Personen angestellt. Ob wir ältere oder jüngere, hübsche oder häßliche oder buckelige (Heiterkeit) anstellen sollen, das ist eine heikle Frage; jedenfalls muß, wenn wir anstellen sollen, gesund und kräftig sein. Daß ein Postamtsvorsteher Bemerkungen gegen den Kinderreichtum gemacht habe, so sei doch wohl nur ein Mißverständnis, denn gerade bei der Postverwaltung werde der Kindersegen protegirt. (Große Heiterkeit.) Es gebe Oberpostdirektionsbezirke, wo der Durchschnitt 6 Kinder sei. (Heiterkeit.) Dem Abg. Werner gebe er zu, daß es im Allgemeinen richtig sei, die Unterbeamten nicht mit dem bloßen Namen zu rufen, nicht bloß „Meyer“, sondern Herr „Meyer“. Am allerwenigsten dürfe das ein jüngerer Beamter. Wenn ein alter Postamtsvorsteher, der schon 20 Jahre mit einem Unterbeamten zusammen arbeite, diesen selbst mit einem Spitznamen rufe, so sei darin nichts zu finden, der Unterbeamte sehe darin wohl eher eine Ehre; aber wenn ein junger eben erst eingetretener Cleve sich des Spitznamens bediene, so sei das einfach eine Unverschämtheit. — Abg. Zubeil (Soz.) wünscht Besserstellung der Postillone. — Staatssekretär von Pöbblerski sagt für einen speziellen Fall Untersuchung der vom Vorredner behaupteten Missethate zu. Ueber die Anschaffung von Wittermänteln für die Postillone schwebten Erwägungen. — Der Titel „Unterbeamte“ wird genehmigt. — Bei einem ferneren Titel führte Abg. Müller-Sagan Beschwerde über allerlei Mängel im Fernsprechwesen. Bedauerlicher Weise mache die Postverwaltung Schwierigkeiten, wenn Privatunternehmer Nebenanschlüsse bei gewissen Systemen anlegen wollten. Solche Nebenanschlüsse sollte doch die Verwaltung, da hierbei kein öffentliches Interesse obwalte, der Privatindustrie überlassen. — Abg. von Staudy (konf.) klagt über schlechte Fernsprechverbindungen nach Posen. — Direktor Sydow sagt Vermehrung der großen Leitungen nach dem Osten, Posen, Königsberg für den nächstjährigen Etat zu. — Abg. Gerstenberger (Centr.) wünscht direkte Verbindung bayerischer Städte mit Frankfurt a. M. — Staatssekretär v. Pöbblerski giebt

zu, daß die dort bestehenden Verbindungen überlastet sind und verspricht die Sache im Auge behalten zu wollen. — Der Rest des Ordinariums und das Extraordinarium werden ohne bemerkenswerthe Debatte erledigt. — Beim Etat der Reichsdruckerei regt Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) an, den Druck des Reichs- und Staatsanzeigers in der Reichsdruckerei, statt wie bisher in einer Privatdruckerei drucken zu lassen. — Staatssekretär v. Pöbblerski erklärt, er habe keinen Einfluß auf den Abschluß des Vertrags über den Druck des Reichsanzeigers. Die Reichsdruckerei würde, wenn sie den Druck des Reichsanzeigers übernehme, jedenfalls einige Hunderttausend Mark Einrichtungskosten für Maschinen anlegen müssen. Man solle sich aber sehr bedenken, ob es gut sei, der Privatindustrie Konkurrenz zu machen. — Abg. Dr. Arendt: Es handle sich nicht um Konkurrenz gegen die Privatindustrie, sondern um ein Privileg für eine einzelne Druckerei. — Abg. Müller-Sagan äußert sich im Sinne Arendt's, mindestens aber müsse man den Druck des Reichsanzeigers ausschreiben. — Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt. — Auf der Tagesordnung stehen dann noch einige Petitionen. Ohne Debatte wird auf Antrag der Petitionskommission über eine Petition des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender in Gifhorn wegen Einschränkung der Konsumvereine und des Hauthandels zur Tagesordnung übergegangen, ebenso über eine Petition aus Spandau betr. die Statuten der Pensionszuschüsse an der dortigen Gewerkschaft. Eine Petition des Bundes deutscher Gastwirthe um gesetzliche obligatorische Fajtsche mit periodischer Nachschau wird dem Reichskanzler als Material, eine Petition betr. Prüfung der sanitären Verhältnisse der mehreren Staaten gemeinsamen Ströme zur Erwägung überwiesen. Nächste Sitzung Montag den 25. Februar.

Berlin, 21. Febr. In gewerblichen Kreisen erregt das Vorgehen der Polizei gegen eine Confectionsfirma Aufsehen, der die Behörde die Beschäftigung des Personals nach 9 Uhr Abends untersagt hat. In Folge einer Anzeige beim zuständigen Polizeirevier erschien ein Schutzmann und verlangte die Einstellung der Arbeit mit Begunahme auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend den 9 Uhr Ladenschluß. Gegen diese Verfügung ist sofort Beschwerde eingelegt, und man ist gespannt, ob die Polizei mit ihrem Vorgehen durchbringt. Bis her ist der § 139c der G.-O. immer dahin verstanden worden, daß er nur die Arbeitszeit in den offenen Verkaufsstellen und Detailgeschäften regeln soll. — Unter dem Eindruck der Vorbereitungen zu einer Expedition in das Innere scheint jetzt der Hof in Singapur wenigstens seinen Widerstand gegen die Forderungen der Gesandten aufzugeben. Dem „Hamb. Corr.“ wird darüber aus Berlin gemeldet: „Die Vorbereitungen des Grafen Waldersee zu der neuen großen Expedition haben beim chinesischen Hofe den gewünschten Eindruck gemacht. Ueber die Nothwendigkeit oder Ueberflüssigkeit der geplanten militärischen Maßregeln wird jedoch erst zu entscheiden sein, wenn der Einwilligung zur Vollstreckung der geforderten Strafen die That gefolgt ist. Das energische Auftreten Waldersees beweist, daß die europäischen Kaufmänner jetzt endlich zum Abschluß kommen und weitere Wünsche der chinesischen Diplomaten nicht mehr dulden wollen. Nach einer Laffan-Meldung wurde den chinesischen Bevollmächtigten zuerst am Sonnabend vom deutschen Gesandten Rumm v. Schwarzenstein mitgetheilt, daß eine Expedition bis Singapur beabsichtigt sei. Darnach machte ihnen der britische Gesandte die Mittheilung, daß die Expedition nicht eher raffen werde, als bis der ganze Hof gefangen sei. Hierauf rieth ihnen der japanische Gesandte, schnell nachzugeben, wenn sie die Gefahr abwenden wollten. Das Resultat dieser Besuche war ein dringender Tele-

grammwechsel zwischen Tsching, Li-hung-tschang und dem Kaiserlichen Hofe, der mit der Einwilligung zum Strafvolzug endete. Im deutschen, englischen und japanischen Hauptquartier herrscht fieberhafte Thätigkeit zur Vorbereitung der Expedition, die vielleicht jetzt auch noch stattfinden muß. Weiter berichten die „Times“ aus Peking: Der chinesische Hof habe sich nunmehr gefügt und seine Einwilligung zur Verhängung der von den Gesandten geforderten Strafen gegeben, er bitte aber, bei der Bestrafung Tschao-tschu-tschiao und Ping-nens an die Stelle der Enthauptung die Erdrosselung treten zu lassen. Die Gesandten hätten dieser Bitte zugestimmt. Diese Frage sei thatsächlich geregelt, und es bestehe nunmehr kein Grund mehr für eine Expedition nach Taiyünfu.

Von einem nach langjährigem Aufenthalt in Südafrika in die alte Heimath zurückgekehrten Deutschen wird geschrieben: Es ist zwar bekannt, daß die deutschen Interessen in Südafrika sehr bedeutende sind, man denkt dabei aber meist immer nur an die vielen Millionen, welche in Minenwerthen bestehen. Es sei darauf hingewiesen, daß auch unsere Handelsinteressen mit den Ländern im fernem Süden, die jetzt von der Kriegesurie durchzogen werden, im Laufe der letzten zehn Jahre einen großen Aufschwung erlebt haben, vor Allem war Transvaal seit der ausgedehnten Erschließung der Goldfelder am Witwatersrand ein guter Abnehmer deutscher Waare. Es lohnt sich unter heutigen Verhältnissen, einen Blick in die Gebiete des Handels zu thun, denn der Krieg hat nicht nur den direkten Theilhabern Nutzen zugefügt, auch weiterhin wirken die Unruben. Nehmen wir als Basis für den Umfang des deutschen Handels mit Südafrika die Zahlen der deutschen Reichsstatistik, die allerdings nur die direkte Ausfuhr über deutsche Häfen behandeln kann, so ergibt sich beispielsweise, daß Deutschland im Jahre 1890 nach dem gesammten Südafrika Waaren im Werthe von etwa 7 600 000 Mark ausfuhrte; davon entfielen etwa 2 1/2 Millionen auf Transvaal. Sechs Jahre später konnte beinahe das Vierfache dieser Summe registriert werden. Von der 29 334 000 Mark betragenden Ausfuhr entnahm Transvaal 13 600 000 Mark und für 1899 wird der Gesamtexport Deutschlands nach Südafrika auf nur etwa 23 000 000 Mark veranschlagt. Das ist ein erheblicher Ausfall, der noch deutlicher wird, wenn man die einzelnen Waarengattungen durchgeht. Wie ungemein kaufkräftig in Südafrika im Jahre 1896/97 war, ergibt sich aus nachfolgenden Positionen. Chemikalien, Drogen und Farbwaaren wurden insgesamt in Südafrika nach dortigen Aufzeichnungen für ungefähr 6 895 000 Mark importirt und Deutschlands Antheil betrug etwa 2 Millionen. Metallwaaren gelangten dem Werthe nach für etwa 23 1/2 Millionen zur Einfuhr, wobei Deutschland nahezu für 3 Millionen lieferte, auch an den für Gold- und Kohlengruben, Landwirtschaft und industriellen Betriebes nöthigen Maschinen, die mit 37 1/2 Millionen Mk. als Importe befristet sind, war Deutschland mit über 2 Millionen theilhaftig. Eine ähnliche Höhe wird Deutschland für Textilwaaren seitens der englischen Zollämter zugeschrieben. Die Gesamtmenge betrug über 45 Mill. Diese hier herausgegriffenen Zahlen eines einzelnen Geschäftsjahres stellen aber, wie gesagt, nur den nachgewiesenen direkten Import dar. In Südafrika anfällige deutsche Firmen schätzen die indirekte Einfuhr deutscher Erzeugnisse auf mindestens das Vierfache der registrierten Zahlen. Die gegebenen wenigen Hinweise lassen schon erkennen, daß die angestrebten Bemühungen deutscher Exportfirmen und Fabrikanten, sich ihren Antheil am Handel mit Südafrika zu sichern, gute Resultate aufzuweisen haben, es ist sogar geglaubt, für einige Waaren so vortheilhafte Absätze zu erzielen, daß solche jetzt ausschließlich das Feld behaupten. Zu diesen zählen u. A.